

Bezugspreis:

Einzelhefte 20.— M., monatlich 60.— M. ...
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Krimwelt“ und der Beilage „Gedlung und Ringarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Dönhoff 292-295
und 2506-2507

Montag, den 31. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-
Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierleistung ...
Anzeigen für die nächste Nummer ...

Frankreich und die Ausgleichszahlungen

Die Note, mit der die französische Regierung am 26. Juli 1922 die deutsche Note vom 14. Juli 1922 wegen Barzahlungen im Ausgleichsverfahren und aus Urteilen der Gemischten Schiedsgerichte, Art. 297 e, beantwortet hat, hat folgenden Wortlaut:

Durch Schreiben vom 14. Juli haben Sie mir einen Antrag Ihrer Regierung wegen Herabsetzung der monatlichen Zahlungen von zwei Millionen Pfund auf 500 000 Pfund zugehen lassen, zu denen sich das Deutsche Reich in dem Londoner Abkommen vom 10. Juni 1921 zwecks Abdeckung der deutschen Verpflichtungen bereit erklärt hat, die sich aus dem durch Artikel 296 vorgegebenen Verfahren zum Ausgleich der deutschen Forderungen und Schulden ergeben.

Ihre Regierung hat zugleich gebeten, von den Zahlungen, die für sie aus Abschnitt IV, Teil X, und besonders aus Artikel 297 e folgen, für die Dauer des Moratoriums befreit zu sein, das sie bei der Reparationskommission zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen in bar zum Konto Reparationen nachgesucht hat.

Sie sehe mich zunächst genötigt, einen Irrtum zu berichtigen, der sich in Ew. Erz. Schreiben findet. Ew. Erz. haben geschrieben, daß die sich für Deutschland aus Abschnitt IV und insbesondere aus Artikel 297 e ergebenden Verpflichtungen in erster Linie aus dem Erlös des liquidierten deutschen Eigentums in den beteiligten Ländern zu erfüllen sind.

Sie glaube, Ew. Erz. daran erinnern zu sollen, daß der Friedensvertrag in dieser Hinsicht keine Verpflichtung für die alliierten und assoziierten Mächte enthält, sondern einfach die Möglichkeit ins Auge faßt, den Erlös aus diesen Liquidationen zur Zahlung der Entschädigungen an die alliierten Staatsangehörigen in Ausführung des Artikels 297 e zu verwenden. Der Erlös aus der Liquidation könnte gemäß § 4 der Anlage zu Abschnitt IV nach dem Belieben einer jeden der alliierten und assoziierten Regierungen anderweitig verbraucht werden.

Ew. Erz. hat sicherlich erfahren, daß nach Unterzeichnung des Londoner Abkommens vom 10. Juni 1921, das nach Auffassung der dem Ausgleichsverfahren beigetretenen alliierten Mächte hinsichtlich der durch das Deutsche Reich vorzunehmenden Monatsfalden alle Schwierigkeiten endgültig behoben, die alliierten Unterhändler dem deutschen Vertreter eine Erklärung übergeben haben, worin sich in Anbetracht des am 10. Juni 1921 getroffenen Abkommens die beteiligten alliierten Regierungen verpflichtet, Verhandlungen mit der Deutschen Regierung zu dem Zwecke zu eröffnen, Deutschland von der in den Vertrag aufgenommenen Möglichkeit, den Erlös aus den Liquidationen zur Zahlung der in Artikel 297 e genannten Entschädigungen zu verwenden, Vorteil ziehen zu lassen.

Die zwischen Frankreich und Großbritannien einerseits und Deutschland andererseits geführten Verhandlungen haben zu dem Abkommen über die Zahlung der Entschädigungen und über den Artikel 297 geführt.

Aus Vorstehendem erhellt somit, daß die Kündigung des Londoner Abkommens, die aus der Nichtausführung der Hauptbestimmung dieses Abkommens durch das Deutsche Reich folgen könnte, dem ein Ende setzen würde, da diese Abkommen — wie ich wiederhole — mit Rücksicht auf den Abschluß des Londoner Abkommens getroffen und ratifiziert worden sind.

Mit dem Antrag auf Herabsetzung des durch das Abkommen vom 10. Juni auf zwei Millionen Pfund festgesetzten Pauschalbeitrage auf 500 000 Pfund will Ew. Erz. wohl sagen, daß die Zahlungen von 500 000 Pfund allmonatlich erfolgen würden, ohne der Gläubiger- und Schuldnerlage Deutschlands Rechnung zu tragen.

Wenn die Regierung der Republik von der Erklärung abstündet, daß das Deutsche Reich nicht an der Auslegung festhalten würde, die es dem Abkommen vom 10. Juni 1921 gegeben hat und wonach es sich der Zahlung der zwei Millionen Pfund entziehe, sobald die übrigen

zu oft aus berechneter Gunglamskeit

heroorgehenden Kontoabrechnungen es augenblicklich als Gläubiger der alliierten Kemter erscheinen läßt, vermag sie den von Ew. Erz. gemachten Vorschlag nicht zu genehmigen. Sie hält diesen Vorschlag nicht nur für unannehmbar, sondern sie lehnt es ab, das Abkommen vom 10. Juni 1921 wieder zur Erörterung zu stellen. Sie könnte allein die Kündigung des Abkommens ins Auge fassen, welche die Rückkehr zu dem status quo ante für den Fall zur Folge hätte, daß das Deutsche Reich den Pauschalbetrag von zwei Millionen Pfund nicht zahlt.

Bei dieser Annahme würden die Vorteile des dem Deutschen Reich zugestandenen Pauschals verschwinden.

Wodann würde die strikte Anwendung des Artikels 296 und der Anlage nötig werden. Die deutsche Regierung wäre verpflichtet, das Reichsausgleichsgericht unverzüglich aufzuheben, durch das sie aus Gründen, deren Erörterung zurzeit nicht angebracht ist, geglaubt hat, ihrem Ausgleichsamt nicht den Charakter eines einfachen Vollzugsorgans lassen zu sollen, das die von deutschen Staatsangehörigen zu erlegenden Beträge erhebt oder zahlt.

Das Deutsche Reich ist tatsächlich ebensowenig berechtigt, deutschen Staatsangehörigen den Gesamtbetrag ihrer Forderungen an alliierte Staatsangehörige nicht zu zahlen, als darin einzuwilligen, von diesen nur Markbeträge anzunehmen, die nicht die Gesamtheit ihrer Schulden darstellen.

Zweifelsohne haftet die deutsche Regierung für die Schulden ihrer Staatsangehörigen, abgesehen von dem im Artikel 296b vorgegebenen Ausnahmen. Diese Haftung kann jedoch bis zur wohlbekanntesten Befolgung mit der Valorisierung privater Schulden gehen; einer Valorisierung, die durch nichts zu rechtfertigen wäre, wenn die Schuldner zahlungsfähig sind.

Im Falle der Aufhebung des Reichsausgleichsgerichtes und bei ausschließlicher Anwendung des Verfahrens gemäß Artikel 296 durch das Deutsche Reich wäre die Regierung der Republik,

zwecks genauer Festlegung der Lasten, die sich für Deutschland aus der in Artikel 296b vorgesehenen regierungsseitigen Haftung ergeben, geneigt, vorläufig und auf Grund festzulegender Modalitäten und Bedingungen neben den regelmäßigen Anis, wodurch das Deutsche Reich die von deutschen Schuldner anerkannten und gezahlten Beträge dem Französischen Amt aufschreibt, Anis entgegenzunehmen, welche die Forderungen bekräftigen, zu deren gänzlicher Abtragung sich die Schuldner außerstande erklären.

Die Uebergabe dieser Anis würde Deutschland selbstverständlich nicht von der Haftung in Ansehung der in Rede stehenden Schulden entbinden, aber Prüfungen über die Zahlungsunfähigkeit der Schuldner gestatten. Die Namen dieser Schuldner wären außerdem öffentlich bekanntzugeben, damit für alle Fälle die alliierten Staatsangehörigen die deutschen Staatsangehörigen kennen lernen, die ihren Vorkriegsverpflichtungen nicht nachkommen können oder sich weigern, dies zu tun. Die Ankündigung der Bekanntgabe würde dem Deutschen Amt sicherlich gestatten, die schleunige Deckung der alliierten Forderungen sicherzustellen. Die Regierung der Republik könnte hierzu eine Unterföhung des Deutschen Amtes durch anderweitige Informationen oder Mittel in Aussicht nehmen.

Die Regierung der Republik hat die Pflicht, ihre Staatsangehörigen zu schützen, ebenso wie mit denselben Rechte die Deutsche Regierung als haftbar für ihre Schulden in Ansehung der deutschen Gläubiger nicht gegen diese Pflicht verstoßen wird.

Ueberdies ist die Deutsche Regierung wenig berechtigt,

sich zwecks Verringerung des Londoner Abkommens vom 10. Juni 1921 auf die Lasten zu berufen, die ihr Artikel 296 auferlegt. § 9 der Anlage zu Artikel 296 ermächtigt überaus das Deutsche Reich, die Abzüge vorzunehmen, die für Ausfälle, Kosten und Vermittlungsgebühren erforderlich sind. Die Anwendung dieser Bestimmung in Verbindung mit der Aufhebung des Reichsausgleichsgerichtes würde aller Wahrscheinlichkeit nach genügen, um die Last zu verringern, über die sich die Deutsche Regierung beklagt und von der sie sich durch ihren Antrag auf Herabsetzung der Monatsfalden zu befreien wünscht.

Was die Verpflichtungen aus Artikel 297 e anlangt, so ist diese Frage jetzt durch die vorhandenen Abkommen geregelt. In diesem Abkommen hat sich die Deutsche Regierung verpflichtet, die erforderlichen Gelder zu beschaffen, falls der Reinerlös aus dem liquidierten deutschen Eigentum nicht ausreicht. Diese Verpflichtung ist formell. Die deutsche Regierung kann sich, um ihr nachzukommen, jederzeit die etwa nötigen Hilfsmittel dadurch verschaffen, daß sie, solange ihr dies angezeigt erscheint, die Anwendung des § 1 des Artikels 297 aussetzt oder verlangsamt. Die Regierung der Republik kann nicht zugeben, daß alliierte Staatsangehörige für die ihrem Eigentum durch Anwendung außerordentlicher Kriegsmassnahmen zugefügten Nachteile nicht entschädigt werden, während die deutschen Staatsangehörigen fortgesetzt Forderungen für Schäden gleicher Art erhalten. Die Regierung der Republik kann bei dieser Sachlage Ew. Erzellenz

Antrag vom 14. Juli nur als null und nichtig

ansehen. Sie rechnet daher mit der getreuen Ausführung des Londoner Abkommens vom 10. Juni 1921 durch das Deutsche Reich und zweifelt nicht, daß den Verwahrungen gegenüber den systematischen Verzögerungen des Deutschen Amtes bei der Anerkennung der alliierten Forderungen Rechnung getragen wird. Es besteht übrigens die ganz bestimmte Absicht, die Kemter in Paris und Straßburg solange nicht über deutsche Forderungen erkennen zu lassen, als sie nicht die Gewissheit erlangt haben, daß die Interessen der französischen Gläubiger gewahrt sind oder gewahrt werden.

Sie habe daher die Ehre, Sie zu bitten, mir binnen einer Frist von zehn Tagen vom Datum dieses Schreibens ab gerechnet, die Zusicherung zu geben, daß das Deutsche Reich künftig das Londoner Abkommen dadurch ausführt, daß es jeden Monat den Pauschalbetrag von zwei Millionen Pfund zahlt. Da mich der von Ew. Erz. überbrachte Antrag auf den Gedanken gebracht hat, daß das Deutsche Reich nicht mehr die Absicht hatte, den Pauschalbetrag von zwei Millionen Pfund zu zahlen, habe ich für diese Eventualität eine bestimmte Anzahl von Maßnahmen beschlossen.

Sollte die Deutsche Regierung in der vorbezeichneten Frist nicht die Zusicherung gemacht haben, die ich von Ew. Erz. dringend fordere, so schließe ich daraus, daß meine Annahme richtig ist, und die vorgesehenen Maßnahmen werden sofort und automatisch zur Anwendung gelangen. gez. Poincaré.

Das Reichskabinett ist heute vormittag 12 Uhr zusammengetreten, um über die Antwort auf die französische Note zu beraten.

Der Dollar springt auf 665!

Die Dollarhauffe geht weiter. Ansehend hat die ausländische Spekulation ein panikartiger Schreden erfährt. So daß sie große Mengen deutschen Papiergeldes auf den internationalen Markt wirft. Heute trat in Berlin angeht dieser tolosalen Kurssteigerungen zunächst Abgabeneigung hervor. Im Vormittagsverkehr zwischen den Banken wurde der Dollar mit 620 angeboten, an der Börse setzte er mit 632 ein und stieg bis zur Mittagstunde bis auf 665! Die feste Tendenz hält an. Ansehend sind inländische Devisenspekulanten von der Dollarhauffe überannt worden. Infolgedessen ergab sich die Notwendigkeit, bedeutende Baiff-Engagements rasch zu decken.

Bessere bayerische Erkenntnis!

Von Max Duard-Frankfurt a. M.

An demselben Tage, an welchem der Reichspräsident sein versöhnliches Schreiben an Graf Verchenfeld richtete, schrieb das offizielle Organ der in Bayern ausschlaggebenden Partei:

„Die Weimarer Reichsverfassung hat zwei Rechtsideen nebeneinandergestellt: Wenn man so sagen will, eine legitime föderalistische und eine eingeschlichene illegitime unitarische — und der Meinungsstreit, der zwischen Bayern und dem Reich ausgebrochen ist, beruht letzten Endes in diesem inneren Widerspruch der Deutschen Reichsverfassung, die zwei Prinzipien aufeinander losgelassen hat. Diese innere Unwahrscheinlichkeit der Weimarer Verfassung ist letzten Endes die wahre und letzte Ursache all der politischen Krisen, welche der Kampf um Unitarismus und Föderalismus immer wieder in Deutschland entfacht, den Streit um die Verfassungsfrage nicht zur Ruhe kommen läßt und vor allem in Bayern immer wieder tiefe elementare Ausbrüche der Erregung schafft. Hier liegen die Wurzeln des Übels, und wenn man sich in Berlin wirklich als Arzt erweisen will, dann müßte hier helfend eingegriffen werden.“

Also ein ungelöster innerer Widerspruch, der in der Deutschen Reichsverfassung steckt, hat Bayern veranlaßt, sich in die Arme preussischer Militaristen und um ihre Profitraten besorgter Bauernbündler zu werfen! Keiner der Bormünde, die von Bayern nachträglich für seinen Verfassungsbruch konstruiert worden sind, läßt sich aber bündiger widerlegen als gerade dieser; nämlich aus bayerischem Regierungsmunde selber.

Es war am 13. September 1919, als in der „Bayerischen Staatszeitung“ (und „Bayerischen Staatsanzeiger“) ein Epilog zur Reichsverfassung erschien, als dessen Verfasser sich an der Spitze Herr Dr. v. Preger, bayerischer Botschafter in Berlin, bekannte. Dieser hohe bayerische Beamte ist, wie allen Mitgliedern des weimarer Verfassungsausschusses erinnerlich sein wird, der zäheste und hartnäckigste Verteidiger der bayerischen Reservatrechte gewesen. Aber so oft und leidenschaftlich wir mit ihm die Klängen gekreuzt haben, so ehrlich mußten wir uns bei der Lektüre seines Epilogs zu den Verfassungskämpfen sagen, daß er in diesen Vieles gelernt habe. Er wollte „sine ira et studio“ feststellen, wie und warum die Entwicklung zu stärkerer Einseitigkeit in der Verfassung sich vollzogen hat, und wie es gelang, die Länder zu weitgehenden Verzichten auf bedeutungsvolle staatliche Rechte zu drängen.“ Diese Aufgabe stellte sich nämlich Herr v. Preger für seinen Epilog, und er hat sie vom Standpunkt der bayerischen Regierung aus damals loyal und objektiv gelöst.

Man höre! Nach dem obersten Vertreter der bayerischen Regierung in Berlin wurde die Absicht der Schöpfer der neuen Reichsverfassung, angesichts der furchtbaren Kriegsfolgen, eine starke Reichsgewalt zu schaffen, „begünstigt durch den Rückhalt, den die Reichsregierung bei der Nationalversammlung fand, und durch den Umstand, daß nach Einberufung der Nationalversammlung eine immer stärker werdende Verschiebung des Machtverhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten zugunsten des Reiches einsetzte“. Die Forderung, daß bei Schaffung der Verfassung die Einzelstaaten völlig gleichberechtigt neben der Nationalversammlung hätten stehen sollen, was die Verneinung der Souveränität der Nationalversammlung bedeutet hätte, „würde damals wohl auch in den breiten Volksmassen kein Verständnis gefunden haben“. Es sei schon ein großer Erfolg für die Einzelstaaten gewesen, daß die Nationalversammlung und ihre Wähler einer Vorberatung des Verfassungsentwurfs in der vorläufigen Vertretung der Einzelstaaten, dem Staatenausschuß nämlich, zugestimmt hätten. Außerdem habe ja ein rechtlicher Anspruch der Einzelstaaten gegen das Reich auf Achtung der Reservatrechte tatsächlich und rechtlich in keiner Weise bestanden. Ueberhaupt zeigte sich schon damals, wie stark der unitarische Zug bei allen Parteien der Nationalversammlung, nicht nur bei der Sozialdemokratie, war.“

Vor allem aber, so fährt damals der Mann fort, der noch heute der politische Vertrauensmann der bayerischen Regierung in Berlin ist, habe „bei den Einzelstaaten der Wille zur Selbsterhaltung gefehlt“. Den nachfolgenden Satz hebt Herr von Preger in seinem Epilog durch Sperrung besonders hervor, so sehr lag ihm damals an der Beachtung seiner authentischen Feststellung. Diese lautet:

„Weder für die Aufrechterhaltung der Reservatrechte war eine gemeinsame Abwehrfront der süddeutschen Staaten herzustellen, noch auch vor innerhalb der Einzelstaaten selbst ein geschlossener Wille zur staatlichen Selbständigkeit im bisherigen Umfange vorhanden.“

Das hieß mit anderen Worten, daß Bayern auch schon damals mit seinem starrköpfigen Widerstand gegen eine wichtige Entwicklung, die einfach notwendig geworden war, allein dastand und von allen übrigen Bundesstaaten im Stich gelassen wurde! Dieselbe Tatsache, die sich vor wenigen Tagen wiederholte, als die leitenden Minister von Württemberg, Baden und Hessen auf einer Konferenz, die sie mit Ausschluß Bayerns abhielten, weit vom bayerischen Ver-

fassungsbuch abdrucken. Herr von Preger drückt dies in seinem Epilog diplomatisch, aber sachlich durchaus richtig, wie folgt, aus:

„Bayern kämpfte allein und mußte nach dem Gesagten unterliegen. Es war das Klügste, was es tun konnte, daß es, als es die Vergeßlichkeit seines Widerstandes einfiel, ihn aufgab und versuchte, an Konzessionen zugunsten eines bescheidenen Eigenlebens noch herauszuholen, was herauszuholen war.“

Gegenüber blauweißen Pessimisten und Partikularisten betonte der Preger'sche Epilog, es dürfe „doch auch nicht übersehen werden, daß das Reich neuer Klammern bedürfte, um nicht auseinanderzufallen“. Und er schließt diesen noch heute so aktuellen und beherzigenswerten Teil der Darlegungen eines Wissenden mit einem mutigen Befehls- und Ermahnung:

„Diese neuen Klammern und Verstärkungen konnten nur in einer intensiven Stärkung der Reichsgewalt auf Kosten der Einzelstaaten bestehen. Wer aber, vor die Frage gestellt, Stärkung der Reichsgewalt auf Kosten der Einzelstaaten, oder Zerfall des Reiches, würde, auch wenn er sein eigenes Heimatland noch so sehr liebt, nicht ohne Befinnen für die erstere Alternative aussprechen?“

Das heißt also: in jedem Zweifelsfalle für die Stärkung der Reichsgewalt!

Wer möchte nicht, daß auch heute wieder in der bayerischen Regierung die Vernunft von damals die Oberhand gewönne und daß namentlich auch der Schreiber jener Zeilen in Berlin als Bote eines endlichen Umschwungs in München in die Lage käme, seine schönen Worte von 1919 wieder in die Tat umzusetzen. Die Reimungs-kämpfe bis zum Abschluß der Reichsverfassung in Weimar zwischen Reichsregierung und Bayern waren nicht weniger heftig gewesen, als diejenigen, die jetzt dem Erlaß der republikanischen Schuggesetze vorangingen. Warum konnte man damals das Reichsganze höher stellen als das Einzelinteresse, und warum kann man das heute nicht? Etwa, weil heute in Bayern dieselben ostelbischen Bauern und Krautjunker das große Wort haben, von denen schon Bismarck in seinem bekannten Konflikt mit Manteuffel das Wort prägte, daß sie ihm die Schlüsselsteine aus dem Staatsgewölbe rissen, um damit weniger kurzfristige und weniger beschränkte Politiker und Vaterlandsfreunde zu bewerkeln. Der Epilog von 1919 ist eine deutliche Mahnung an das bayerische Volk, im Jahre 1922, inmitten der ärgsten äußeren Bedrängnis, nicht hinter einer staatsbürgerlichen Erkenntnis zurückzubleiben, die schon vor 4 Jahren zum Nutzen der Wiederaufrichtung Deutschlands selbst in Bayern gewonnen schien.

Die Krise der Deutschnationalen.

Düringers Dolchstoß.

Der aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgeschiedene Abg. Dr. Düringer hat in den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ seinen Schritt mit einem längeren Artikel begründet, in dem es heißt:

„Welche Partei findet sich denn zurzeit bereit, mit der Deutschnationalen Volkspartei zusammenzugehen, so lange sie in ihren Reihen Elemente birgt, die schon zum zweiten Male nicht nur die Partei, sondern das ganze deutsche Volk in die Gefahr schwerer Katastrophen gestürzt haben? Die Deutschnationale Partei sei völlig koalitionsunfähig, so lange sie eine Richtung in sich ertrage, die in einem direkten widerchristlichen Geist einen leidenschaftlichen Haß ohne Grenzen gegen bestimmte Persönlichkeiten oder eine ganze Kategorie deutscher Staatsbürger in Wort und Schrift propagieren. Das läßt in unreflexen Köpfen den „Willen zur Tat“ aus, der sich schließlich in schandvollen Verbrechen auswirkt. Die Entwicklung der Verhältnisse in Bayern spreche nicht gegen die Unmöglichkeit der antiozialdemokratischen Politik. Die Deutschnationale Volkspartei aber habe sich selbst ausgeschaltet durch ihre verfehlte Parteilichkeit, die habe die Partei gehindert, mit den übrigen bürgerlichen Parteien, obwohl als Oppositionspartei, in der so notwendigen innerpolitischen Fühlung zu bleiben. Gegen die Auswüchse in ihrer Presse habe sie nie rechtzeitig Stellung genommen und habe durch die Auswahl der

Der Dichter des Mit-Leidens.

Von Konrad Haenisch.

Ende dieser Woche erscheint im Verlag von F. S. W. Dieß nach ein neues Buch von Konrad Haenisch: „Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk“. Wir gehen untern Lehren schon heute eine kleine Probe aus dem interessantesten Werk, auf das wir noch ausführlich zu sprechen kommen werden.

Gerhart Hauptmanns Gesammelte Werke sind in Zehntausenden von Exemplaren verbreitet, bei einzelnen seiner Dichtungen, wie bei der „Versunkenen Glocke“, hat die Auflagenziffer eine sehr stattliche Höhe erreicht, manche seiner Dramen werden, besonders in diesem Festjahre, überall in Deutschland gespielt — aber zum geistigen Besitz des ganzen deutschen Volkes, insbesondere seiner breiten Massen, ist Gerhart Hauptmann auch heute noch nicht geworden.

Das hängt zusammen mit der im allgemeinen immer noch sehr mangelhaften Pflege gerade der zeitgenössischen Dichtung in unseren Schulen aller Gattungen. Das hängt nicht weniger zusammen aber auch mit der starken Steigerung der Bücherpreise und vor allem mit dem ungeheuerlichen Hinausschnellen der Theaterpreise in diesen Jahren, das nicht in letzter Linie die Abwanderung des Publikums vom Schauspiel ins Kino verschuldet hat. Wo nicht Freie Volkstheater und andere gemeinnützige Theaterunternehmungen helfen einspringen, da droht der Genuß guter Schauspielkunst immer mehr zum Vorrecht der Wenigen zu werden.

Das ist in einem Volksstaate auf die Dauer unerträglich, das ist dreifach unerträglich im Falle Gerhart Hauptmann. Denn in ihm haben wir es zwar ganz gewiß nicht mit einem „Volksdichter“ in dem Sinne zu tun, in dem das Wort meistens geringschätzig gebraucht wird, seine Dichtungen sind alles andere eher als „Volksstücke“ mit dem bei diesem Begriffe nun einmal unermesslichen Schuß von platter Nützlichkeit — wohl aber ist der Dichter des „Morian Gezer“ und der „Weber“, des „Hannele“ und der „Mutter“, des „Fuhrmann Henschel“ und der „Rose Berndt“ tiefer und kräftiger im deutschen Volkstum und im deutschen Volksleben verwurzelt, als irgendein anderer deutscher Dichter der letzten Menschenerde. Dieser Seelenkämpfer, dem heute das Premierpublikum von Berlin W. und Berlin NW. begeistert zujubelt, dem die „große Welt“ aller Hauptstädte der Erde huldigt, der vor zehn Jahren aus den Händen des Königs von Schweden den Nobelpreis empfing — er ist im tiefsten Grunde immer noch jener Dichter geblieben, der stärker als irgendeiner vor ihm oder nach ihm Sprache und Gestalt gegeben hat, was in der Seele des deutschen Arbeitervolkes lebt. In die Geschichte wird — was immer er sonst auch künstlerisch angepaßt hat — Gerhart Hauptmann eingehen als der Dichter der Entertien, der Armen und Elenden, aller Herer, die in der Tiefe leben. So geschmacklos es wäre, Gerhart Hauptmann zum Parteidichter zu stempeln, von so engem Geiste und so engem Herzen es zeugen würde, ihn, dessen Herrschaftsbereich die Welt ist und das Leben der Menschen mit all seinen Höhen und Tiefen, zu pressen in das Zwangsbett einer

Redner bei der Beratung des Schuggesetzes provozierend geworden und nur wüste und unwürdige Tumultifugenen veranlaßt.“

Die deutschnationale „Partei-Korrespondenz“ nennt diesen Kuffag einen Dolchstoß und meint:

Es war still geworden (?) davon, daß die Deutschnationale Volkspartei schuld an der Ermordung Erzbergers und Rathenaus sei — jetzt können sich die Gegner für ihre Lüge (!) berufen auf den ehemaligen deutschnationalen Abgeordneten Dr. Düringer.

Es ist Art der Deutschnationalen, hundertfach bewiesene Wahrheiten, die ihnen schädlich sind, als Lügen zu bezeichnen. Sie können damit aber nichts an der Tatsache ändern, daß Düringer ihre Partei verlassen hat, weil er mit Neuchelmördern nichts zu tun haben will.

Die Lage in Bayern.

Sozialdemokratische Konferenzen.

München, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In München und Augsburg fanden gestern Konferenzen der sozialdemokratischen Parteien Oberbayerns und Schwabens statt, um die durch das Verhalten Bayerns gegenüber dem Reich geschaffene Lage zu besprechen. Ueber den Verlauf und das Ergebnis dieser Konferenzen werden die Parteimitglieder je nach der Entwicklung der politischen Lage unterrichtet werden.

Alarm im Chiemgau.

München, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Chiemgau, der reaktionärsten Ecke Bayerns, sind bereits Sturmzeichen der kommenden Auseinandersetzungen mit dem Reich bemerkbar. Entsprechend dem Lösungswort des „Miesbacher Anzeigers“: „Bayern will keine Kompromisse mehr, hart auf hart!“ und: „Wir wollen wirkliches Recht und kein Schandrecht!“ werden an verschiedenen Orten Versammlungen mit dem Thema: „Bayern und das Reich“ abgehalten, die nicht auf eine parlamentarische Lösung des Konfliktes mit dem Reich hindeuten. So fand in Kiederling bei Rosenheim eine derartige Alarmversammlung statt in Anwesenheit eines ehemaligen Oberleutnants, einderufen von einem ehemaligen Feldwebel, der zu Propagandazwecken Bayern bereist. Wenn auch auf dieser Versammlung bekannt wurde, daß Kiederling der letzte Ort des Chiemgau sei, der seine „Organisation“ erhalte, so ist doch wohl anzunehmen, daß es sich hier um einen vereinbarten Streich handelt, gegen den doch ein sofortiges Einschreiten der Regierung angezählt, um nicht die Kampfstimmen in der bayerischen Arbeitererschaft zu einer gefährlichen Höhe zu steigern. Die Bauern wurden nämlich in dieser Versammlung aufgefordert, sich in den nächsten Tagen bereit zu halten, falls es zum Bruch zwischen Bayern und dem Reich kommt! Die Arbeiter würden dann in den Generalstreik treten und darauf müßten die Bauern bewaffnet in die Stadt marschieren. Gewehre seien genug vorhanden. Sollten die Eisenbahnen gesperrt sein, dann müßten die Bauern ihre Fuhrwerke zur Verfügung stellen. Postautos seien bereits vorhanden. Die kommende Ernte dürfe kein Hindernis sein an der Beteiligung, denn es gäbe doch bald Gefangene, die dann zur Arbeit herangezogen würden. Die jetzige Reichsregierung führe Zustände in Bayern wie in Russland herbei. Daher müsse sich der neue Bund mit anderen Organisationen zusammenschließen, und es wurde ein „Bauernbund“ gegründet, auf den die Mitglieder durch Handschlag verpflichtet wurden. Ob die bayerische Regierung diesem gefährlichen Treiben steuern und damit dem Konflikt die Spitze abbrechen kann, ist sehr zweifelhaft.

Bayerischer Ministerrat.

München, 31. Juli. (W.B.) Der bayerische Ministerrat sollte heute, wie gemeldet, zusammentreten, um zu dem Schreiben des Reichspräsidenten an den bayerischen Ministerpräsidenten Stellung zu nehmen. Wie wir erfahren, trat der Ministerrat bereits um 9 Uhr zusammen, besetzte sich aber lediglich mit laufenden Angelegenheiten. Das Schreiben des Reichspräsidenten und die politische Lage kamen nicht zur Erörterung. Ein Zeitpunkt für den neuen Ministerrat, der sich mit dem Verhältnis Bayerns zum Reich zu befassen haben wird, ist bisher noch nicht festgelegt. Nach unseren Informationen wird die Regierung zunächst das Er-

politischen Diktum, so wahr bleibt es doch, daß die stärkste Antriebskraft all seines Schaffens heute noch wie vor dreißig Jahren das tiefe Mit-Leiden ist mit allen, die da mühselig und beladen sind, und daß auch heute noch nichts so sehr sein Dichten zu beschwingen vermag, wie die große Erfindungssehnsucht — die Sehnsucht nach der Erlösung des einzelnen aus der Verstrickung dunkler Gewalten seines Innern und nach der Erlösung der Massen aus den Tiefen ihres sozialen, geistigen und sittlichen Elends. Der große Dichter der Not, des Mitleids und der Sonnensehnsucht: das ist Gerhart Hauptmann! Und mögen immerhin ein Freisilber, ein Heine und ein Herwegh, mögen auch die Rodan und Handell als Dichter der „Rebellion mit wehendem Lodenhaar“, als Sänger der trotzigsten Empörung und der lauchenden Kampfeslust heißere Töne gefunden haben als er, der Schille, der Sinnende: die Not selbst hat niemals ein Dichter so im Tiefsten mitgeführt, keines Herz ist so erfüllt gewesen von den Tränen dieses Mitleids, und jene Sonnensehnsucht hat niemand mit so inbrünstigem Schauer zu gestalten vermocht wie Gerhart Hauptmann. Wohl hat es auch in seinem Leben und Schaffen Berg und Tal gegeben, wohl sind auch ihm Irrungen und Wirrungen menschlicher Art nicht erspart geblieben: im Innersten und Besten aber ist Gerhart Hauptmann sich und der Sache der Armen immer treu geblieben.

Und darum muß dieser Dichter endlich den breiten Volksmassen und die breiten Volksmassen müssen diesem Dichter erobert werden. Sein Werk muß endlich dort heimisch werden, wo es seine Heimat hat: in den Tiefen des deutschen Volkes. Dazu brauchen wir, neben Reformen im Unterricht, in erster Linie die jetzt erfreulicherweise wenigstens eingeleitete großzügige Theaterkulturpflege durch den Staat selbst.

Ausschub der Expedition Amundsen. Der Polarforscher Amundsen, der am 29. Juni nach der Nordküste von Alaska an Bord der „Maud“ abgefahren ist, wird wahrscheinlich seine Nordpol-Expedition auf das nächste Jahr verschleppen müssen. Amundsen wollte vom Kap Barrow mit einem Fluzeug das Polargebiet überfliegen. In London ist jetzt eine Depesche eingetroffen, wonach die Dinge für dieses Jahr sich so wenig günstig zeigen, daß Amundsen wahrscheinlich auf die Verstrückung seines Planes verzichten muß. Er hatte gehofft, das Kap Barrow Mitte Juli zu erreichen, ist aber auf seiner Fahrt durch mächtige Eisberge aufgehalten worden. Er denkt, daß er mit seinen beiden Begleitern wahrscheinlich diesen Winter auf Kap Barrow verbringen werde, um nächstes Jahr im Juni einen neuen Versuch zu machen.

Kulturinfluß auf die Schmetterlingsfärbung. In den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts machte ein englischer Forscher zum ersten Male die Beobachtung, daß gewisse Schmetterlingsarten in Gegenden mit viel Industrie ihre Färbung veränderten, indem sie immer dunkler wurden, bis sie endlich fast rein schwarze Färbung aufwiesen. Späterhin trat diese Erscheinung auch in verschiedenen deutschen Gegenden und ebenfalls ausschließlich in Industriegebieten auf, so besonders auffallend im Jahre 1904 in Hamburg, wo ein

gebnis der Parteiberatungen abwarten und dann erst Stellung nehmen und das Schreiben des Reichspräsidenten beantworten. Bemerkenswert ist, daß der badische Staatspräsident in München eingetroffen ist und hier einige Tage zu verweilen gedenkt. Auch der Reichsernährungsminister Gehe will in Bayern und dürfte wohl an den Beratungen des bayerischen Bauernbundes heute und Dienstag teilnehmen. Die Anwesenheit des badischen Staatspräsidenten dürfte ebenfalls einer Besprechung der politischen Lage dienen.

Garantiekomitee gegen Frankreich.

Paris, 31. Juli. (E.E.) Der „New York Herald“ meldet: Die Absicht der deutschen Regierung, monatlich für die Ausgleichsrechnung statt der vereinbarten zwei Millionen Pfund Sterling nur den vierten Teil zu zahlen, ist von der Mehrheit der Reparationskommission freundlich aufgenommen worden, obwohl Frankreich den üblichen Protest gegen jegliches Zugeständnis erhoben hat. Ein Mitglied des Garantiekomitees erklärte einem Vertreter des genannten Blattes: Wir werden Deutschland das Moratorium, um das es nachsucht, gewähren. Es ist keine Aussicht vorhanden, daß Frankreich ermächtigt werden könnte, wegen einer so unbedeutenden Angelegenheit allein vorzugehen. Die Tatsache, daß Deutschland kein vollständiges Einstellen der Zahlungen forderte, sondern sich bereit erklärte, monatlich 500 000 Pfund Sterling zu zahlen, wird die englischen und die italienischen Delegierten günstig beeinflussen, ebenso einige von den Belgiern, weil man darin einen Beweis des guten Willens der deutschen Regierung sieht. Der Bericht des Garantiekomitees beweist, daß der Zustand der deutschen Finanzen der deutschen Regierung den Anlauf auswärtiger Devisen weiterhin nicht gestatten wird. Der Jertum der deutschen Regierung lag darin, daß sie sich an Poincaré wandte. Man nimmt an, daß eine direkt an die Reparationskommission gerichtete Bitte in dieser Angelegenheit besseren Erfolg gehabt hätte. Es wäre auch den Franzosen dann unmöglich gewesen, einen ablehnenden Bescheid durchzusetzen.

Hierzu erfahren wir von wohlunterrichteter Seite, daß diese Auffassung absolut unzutreffend ist. Die deutsche Regierung hat sich mit ihrer Note an die Reparationskommission gewandt, mit denen sie das Abkommen über die Ausgleichszahlungen getroffen hatte. Die Reparationskommission als solche ist für diese Frage nicht zuständig und konnte deshalb von der deutschen Regierung nicht angegriffen werden. Die anderen Regierungen haben noch nicht geantwortet.

Frankreich drängt in London auf einen Pariser Entenrat vor dem 15. August, damit die Reparationskommission dann über das Moratorium entscheiden könne. England dürfte morgen, Dienstag, antworten. Die italienische Krise, von deren Lösung Lloyd George diese Tagung abhängig macht, ist noch nicht beendet; der Faschisterterror hat jedoch wieder einen Generalstreik in Rom provoziert. Inzwischen kann ja die Markt weiter sinken. . . .

Korfanty fallen gelassen.

Warschau, 30. Juli. (W.B.) Der Hauptausschuß hat dem Beschluß, mit welchem Abg. Korfanty zum Ministerpräsidenten designiert war, mit 222 gegen 202 Stimmen aufgehoben und beschloffen, den Staatschef um Designierung des Ministerpräsidenten zu ersuchen. Staatschef Pilsudski hat daraufhin den Universitätsrektor Julian Rowat zum Ministerpräsidenten designiert. Im Hauptausschuß stimmten 240 Abgeordnete (gegen 184) für Rowat. Er schreitet sofort an die Bildung des Kabinetts.

Neuer Krieg im Orient.

Die Verfolgung der christlichen Minderheiten, zu denen sich die Angoratsirer genügt glaubte, hat Griechenland zu neuem Vorgehen veranlaßt. Seine Antündigung wurde von der Entente damit beantwortet, daß sie selbst Militär nach Kleinasien schickt, aber Griechenland hat zunächst die Selbstständigkeit Smyrnas proklamiert und will das gleiche für die Jonischen Inseln und Küstenstädte folgen lassen. Es soll schon zu Besuchen mit den Türken gekommen sein. Die verlangte Befehung Konstantinopels ist Griechenland in Paris und London verjagt worden.

bisher grauer Falter sich auf einmal in eine tief schwarze Varietät umwandelt. Nach den Forschungen von Fox ist diese merkwürdige Farbenveränderung, die die moderne biologische Forschung als Industriemelanismus bezeichnet, besonders auch in den Kohlenbezirken zu beobachten. Solche Umwandlung von hell gefärbten in schwarze Formen vollziehen sich beispielsweise gerade gegenwärtig in der Fauna der schlesischen Kohlengebiete. Eine bisher fast weiße Nonnenform verwandelt sich in eine schwarze und in ähnlicher Weise tritt der bisher nur schwarz gefärbte Birkenspanner neuerdings in einer rein schwarzen Abart auf. Auch an anderen, in Industrie-gegenenden beobachteten Schmetterlingen hat man in neuerer Zeit schwarze Varietäten festgestellt. — Den Berlinern wird es interessant sein, zu hören, daß auch bei uns in der Nachbarschaft des Roabier fabrikoierter Beispiele für den Industrie-Melanismus aufgetaucht sind. Namentlich der Charlottenburger Schloßpark ist daran reich. Hier wurde auch die oben erwähnte schwarze Abart des Birkenspanners bereits vor 12 Jahren gefunden.

Durch welche Einflüsse diese Farbenveränderungen zustande kommen, hat sich bis jetzt noch nicht mit Sicherheit nachweisen lassen. Man kann zwar annehmen, daß die Färbung schon bei der Bildung der Farbstoffe jene einschneidende Veränderung erfährt, allein die Ursache, durch die diese Veränderung hervorgerufen wird, muß noch genauer erforscht und gründlich nachgeprüft werden. Jedenfalls bedeutet die Erscheinung der Schwarzfärbung einen richtigen „Kulturinfluß“ auf die Schmetterlinge, da sie, wie gesagt, nur in Industrie-gegenenden, nie aber in Gegenden mit reiner, von Rauch und chemischen Substanzen freier Luft zu beobachten ist.

„Was einer Dame gebührt.“ Eoa im Paradiese war keine Dame, denn ihre Bekleidung war sehr dürftig. Zu einer richtigen Dame gehören vor allen Dingen Kleider; und „nicht zu knapp“, sagt der Berliner. In London hat kürzlich eine Dame ihren Mann auf Bezahlung ihrer Kleiderrechnung verklagt, und es entstand nun Streit darüber, was eine Dame „von Welt“ billigerweise jährlich für ihre Kleidung beanspruchen darf. Um den goldenen Mittelweg zu finden, wurde in London ein Sachverständiger vernommen. Dieser erklärte: Wenn der Gatte 10 000 Pfund Einkommen hat, so ist es nicht mehr als billig, daß er seiner Frau 10 Prozent, also 1000 Pfund, für die Kleidung gibt. Verdient er 2000 Pfund, dann wird sie sich — legt dieser Weise — mit 100 Pfund begnügen müssen. Lady Alexander, eine der elegantesten Damen Londons, behauptete aber, daß 10 Prozent des Einkommens in den meisten Fällen viel zu wenig sei. Eine Frau, die gut angezogen sein will, müsse wenigstens 15 Kleider und 12 Hüte im Jahre haben. Sie brauche mindestens drei Abend-toiletten, zwei weitere Gesellschaftskleider, oder Teekleider, drei Kostüme, eine Toilette für den Sandaunenhalt, zwei Kleider für Ausflüge, ein elegantes Sommerkleid — ganz abgesehen von den Mänteln, Swaisers, Köden, Handschuhen, Strümpfen usw. — Auf sprach Frau Alexander. Und somit darf heutzutage ohne Raufford und Zwangsrate herumlaufen!

Staatsdiener. Direktor Bedtschneider hat seinen Walfpielvertrag verlängert und wird keine Operette „Die beiden Rasthallen“ in der bisherigen Besetzung mit Altonowitsch, Fleming, Rautner usw. bis einschließlich 6. August weiterspielen.

Nie wieder Krieg!

Die pazifistische Kundgebung im Lustgarten.

Dem Rufe der pazifistischen Organisationen zu einer Kundgebung gegen die Kriegshetze waren am gestrigen Sonntag viele Tausende in den Lustgarten gefolgt. Schon eine Stunde vor Beginn der Demonstration hatte die pazifistische, darunter die Arbeiterjugend, die feilliche Front des Schloßes voll besetzt. Ihre Schwarzrotgoldenen und roten Fahnen grüßten den Tag, der ein Verbot für ein friedliches und freies Menschengeschlecht ablegen sollte. Auch die Stufen, die zum Dom und zu dem alten Museum führen, zeigten bereits bunte Reihen auf. Ebenso steheten am Fuße der Denkmäler sich zahlreiche Gruppen nieder, die sich schon vorher in lebhaften Diskussionen über die „Schuldigen am Kriege“ ergingen. Gegen 12 Uhr hatten sich auch die übrigen Plätze gefüllt und der Lustgarten zeigte ein besonders buntes Bild. Es schienen sich Klaffengespinnste zu überbrücken, man gewann den Eindruck, daß neben dem organisierten Arbeiter, der schon jahrelang um eine neue Weltordnung kämpft, sich viele einfinden, die dem Parteilieben noch fern stehen, aber doch eine starke Sehnsucht nach Frieden in sich tragen. — Weitere Scharen der Jugend und Abteilungen der sozialistischen Parteien zogen heran, in ihrer Mitte Fahnen und Schilder mit der Aufschrift tragend: „Die Waffen nieder!“ und „Keinen Pfennig, keinen Mann dem Militär!“ usw. Unter den Klängen der nahenden Musikkapellen brauste die „Internationale“ zum Himmel empor. Die Denkmäler zeigten zuletzt auf ihren höchsten Spitzen wieder jene kleinen ledernen Büschchen, die ihre Fahnen zum Grube schwenkten.

Die Redner.

Punkt 12 Uhr erscholl von allen Rednerplätzen der Prolog von Theobald Ziger, der von 15 bekannten Berliner Schauspielern vorgetragen wurde. Dann sprachen folgende Redner: Belger, Düberradt, Hobian, Harrer Franke, Göring, Großmann, Herbert Hauptmann, Georg Helle, Heppenheimer, Harry Graf Kessler, Koehel, Albert Koch, Mahn, Paul Wende, Hans Meyer, Willi Lorenz, Ollenhauer, Emil Rabald, Rudolf Rader, Professor Walter Schäding, Hans Schwann, Magnus Schwantje, Hans Streifen, Dr. Hans Simons, Souchay, Felix Stöfänger, Heinrich Ströbel, Alwine Wellmann, Worm, Ignaz Wrobel (Dr. Tucholski), Wüsten, Jachow.

Alle Referenten gesehnten, darunter besonders wirkungsvoll ein englischer Pazifist, aufs neue den Krieg, der nur zum Ruin zurückzuführen habe. Mit scharfen Worten kennzeichnete sie die neue Gefahr der klutrübsigen Reaktion und richteten zum Schluß einen wirkungsvollen Appell an die Demonstranten, keiner Kriegsparole mehr zu folgen, damit endlich die Welt vom Kriegswahn befreit werde.

Genosse Heinrich Ströbel wandte sich besonders an die Arbeiter, ihren pazifistischen Einfluß in den politischen Parteien und in den Gewerkschaften geltend zu machen, denn an ihnen liege es, eine Wirtschaftsordnung zu gestalten, die dem Aufbau diene.

Als einzige Frau sprach die Genossin Alwine Wellmann, die ihren Appell hauptsächlich an die Frauen richtete. Ihr Wert müsse es werden, den Frieden in Haus, Schule und den öffentlichen Institutionen zu verwirklichen. Pazifismus sei Kampf, sei Glaube und Hingabe an die Idee des reinen Menschentums.

Deshalb die Parole: „Nie wieder Krieg, sondern Friede auf Erden!“

Die Jugendfeier.

Die Schloßfront am Lustgarten hatten die Mitglieder der Jugendorganisationen zahlreich besetzt. Hier sprach der Genosse Ollenhauer für die Arbeiterjugend. Wiederum, wie bei so vielen Demonstrationen, so führte er aus, haben wir uns heute an diesem Platz zusammengefunden, wo vor acht Jahren das Schicksal vieler Männer entschieden wurde. Heute haben wir uns versammelt, um die ganze Kraft einzusetzen, neues Gutes zu verhüten. In Erinnerungen braucht man sich nicht zu verlieren, denn jeder Tag zeigt auf der Straße, was der Krieg hinterlassen hat. Und darum: Nie wieder Krieg! Leider gibt es noch Tausende, die ihre Gedanken an jener „herrlichen“ Zeit nähren. Zu schnell dieses Wahnsinns hingewandt wurden. Die Jugend hat es in der Hand, diesem allem vorzubeugen. Sie muß sorgen, daß der monarchistische Geist aus den Schulen der Republik verschwinde. In unseren Reihen soll der Verdahnungsgelst eine warme Heimstätte finden, während der Geist des Militarismus vertilgt werden muß. Und darum heute von neuem: Nie wieder Krieg!

In Ruhe und Ordnung verließen die Teilnehmer den Lustgarten und den Schloßplatz, die Organisationen der Kriegsschuldigen, Kriegssopfer und Kriegsgefangenen formierten sich zusammen mit der sozialistischen Jugend zu einem Demonstrationzug, der unter Vorantritt einer Musikkapelle zum Wittenbergplatz marschierte, wo er sich dann auflöste.

Zur gleichen Zeit mit der Berliner Kundgebung haben „Nie wieder Krieg“-Demonstrationen in mehr als 250 Städten Deutschlands, wie auch in Oesterreich, England, Frankreich, Holland, Skandinavien, in den Staaten der ehemaligen Österreichisch-ungarischen Monarchie, in der Schweiz, Portugal und Amerika stattgefunden. Zu der Kundgebung in Berlin sind zahlreiche Begrüßungsgramme der Aktionsausschüsse in England, Frankreich, Holland, Oesterreich und Amerika eingelaufen.

Reginer Posträuber verhaftet.

Eine neue Belohnung von 21 400 M.

Ein ungewöhnlich frecher Raubüberfall wurde, wie gemeldet, am 28. Oktober v. J. in Regin an der Havel verübt. Dort drangen kurz nach 6 Uhr nachmittags plötzlich sechs Männer, von denen vier maskiert waren, in das Postamt ein, schlugen ihre Pistolen auf das Personal an und zwangen es mit dem Rufe „Hände hoch!“ und unter Drohungen mit Erschießen sich in eine Ecke des Dienstzimmers zu begeben und dort stehen zu bleiben, ohne sich zu rühren oder einen Laut vernahmen zu lassen. Die Einbrecher raubten 59000 M. bares Geld, für 28000 M. Postwertzeichen aller Art und für 137000 M. Einkommensteuermarken, dazu auch noch ein Postablieferungsbuch. Nach der Tat verschwand die Bande spurlos.

Die Vermutung, daß man es mit Berlinern zu tun habe, hat sich bestätigt. Die Verbrecher, die sich vorher über die Einrichtungen des Amtes genau unterrichtet haben mußten und die T-Revolver und Telegraphenanlagen gleich bei dem Ueberfall zerstörten, um die Verfolgung zu erschweren, sind bis auf zwei Mann von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen. Die Verhafteten sind ein Mechaniker Paul Schulz, der in einer Berliner Fabrik arbeitete, ein gewisser Tennhagen und ein Dreher Emil Klupsch. Der verhaftete Schulz erregte Verdacht, als er Brief- und Steuermarken verkaufen wollte. Die Kriminalpostdienststelle nahm ihn fest. Die Marken, die er angeboten hatte, gehörten zu den in Regiu geraubten. Während der Durchsuchung seiner Wohnung erschien dort auch Tennhagen, ein Mann, der schon zu der Zeit, als Max Höly in Mitteleuropa handelte, dort eine Räuberbande geführt hat. Klupsch wurde nachträglich ermittelt und ebenfalls festgenommen. Bei Schulz fand man im Schlafloft für 20000 M. Steuermarken aus Regiu. Ein gewisser Beeß war schon früher als Mittäter festgestellt worden. Er sollte am 31. Dezember v. J. festgenommen werden, griff die Beamten an, versuchte dann zu entfliehen und wurde erschossen. Bei ihm fand man damals schon Marken aus dem Reginer Postraub. Von der ganzen Beute der

Der Berliner Bezirkstag.

Der Bezirkstag der Berliner Parteiorganisation, der gestern tagte, nahm den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegen und erledigte die Wahlen zum Vorstand. Von 307 gewählten Vertretern der Abteilungen waren 294 anwesend, außerdem waren 63 Vertreter des Bezirksvorstandes, der parlamentarischen Körperschaften usw. zugegen.

Genosse Theodor Fischer gab den Geschäftsbericht. Er hob hervor, daß nur wenige Beschwerden über die Arbeit des Vorstandes im Laufe des vergangenen Jahres bekanntgeworden sind. Das vergangene Jahr ist richtunggebend gewesen für die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Berlin. Noch beim Märzputsch übermög innerhalb der Arbeiterbewegung die radikale Phase. Aber mit radikalen Methoden ist nichts zu erreichen. Wir sind stolz darauf, verantwortliche Arbeit geleistet zu haben. Wir sind gern bereit, den Bruderkampf, den wir mit den unabhängigen geführt haben, zu vergessen. Schon bei dem Nord an Erzberger fanden sich die getrennt marschierenden Parteien zusammen. Es zeigte sich, daß die Unterschiede zwischen SPD. und USP. gar nicht mehr so groß waren.

Die meisten Genossen werden sich der Versammlung im Kriegerbergbauhaus erinnern, in der mit leidenschaftlichen Worten um den Göttinger Parteitagbeschlüß gestritten wurde, der das Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien zum Gegenstand hatte. So lange die große Masse der Bevölkerung nicht davon absieht, bürgerliche Mehrheiten ins Parlament zu senden, wird die Sozialdemokratie, im Interesse der Volksgefamtheit,

im Interesse der sozialistischen Bewegung, sich damit abfinden müssen, mit bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten. Der Einfluß der bürgerlichen Mehrheit hat die Gestaltung der Steuerfrage wesentlich beeinflusst und niemand von uns ist mit dem Steuerkompromiß zufrieden. Wir leiden an den Folgen des Krieges und wir wollen hoffen, daß die Macht der Internationale sich beseitigen möge, so daß es möglich wird, ein friedliches internationales Zusammenarbeiten der Völker zu erreichen.

Der Aufbau der Organisation ist in diesem Jahre nicht kritisiert worden. Die Organisation hat sich tapfer gehalten, obwohl der Streit der Eisenbahner und der städtischen Arbeiter der Partei manchen Abbruch getan hat. Mancher Eisenbahner, der im ersten Ummut sein Mitgliedsbuch in die Ecke gemorfen hatte, ist wieder zu uns zurückgekehrt, und das ist zu begrüßen.

Wir hatten im ersten Quartal des Berichtsjahres einen Mitglieder rückgang zu verzeichnen gehabt. Am Beginn des Berichtsjahres hatten wir 53 126 Mitglieder. Durch die Abgabe der Kreise Niederbarnim und Teltow-Beckow an den Bezirksverband Brandenburg verminderte sich die Zahl auf 41 124 Mitglieder. Am Schluß des Berichtsjahres stieg die Zahl auf 44 462 vollzählende Mitglieder.

Die unabhängigen zählten in ihrem Bezirksverband Berlin-Brandenburg etwa 50 000 Mitglieder. Wenn wir die Mitglieder unseres Bezirksverbandes mit denen der Mitglieder des Bezirksverbandes Brandenburg vereinigen, so erhalten wir 90 166 Mitglieder.

Nach der vorausschätzlichen Vereinigung der beiden Parteien werden also rund 140 000 organisierte Parteigenossen in Berlin-Brandenburg zu zählen sein. Von den Kommunisten gibt es ja keine Mitgliederzahlen. Sie haben auch allen Grund zum Schweigen, denn wenn der Zutritt von Mostau aufhört, wird auch der „Roten Fahne“ und der kommunistischen Partei die Luft ausgehen. Wir werden den Trennungstrieb zwischen uns und den Kommunisten mit aller Schärfe ziehen. Es ist ein Skandal, daß sich auch Genossen von uns an Kontrollausschüssen, die die Kommunisten nach dem Mathenau-Wort bildeten, beteiligten. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Betriebsstatistik hat sich gut bewährt. Trotz der großen Hindernisse sind etwa 89 Proz. von ihr erfüllt worden.

Trotz der Schwierigkeit der Verhältnisse ist das Versammlungs-wesen außerordentlich rege gewesen. Leider sind die Schwierigkeiten bei der Referentenvermittlung noch nicht völlig behoben worden. Die Genossen müssen dafür Sorge tragen, daß alle Anmeldungen von Versammlungen rechtzeitig erfolgen. Dann werden sich die Verlager wesentlich vermindern.

Während des Berichtsjahres haben von 23 Ausschlußkonträgen fünf mit dem Ausschluß der betreffenden Mitglieder geendet. (Zwischenruf: Bendiner.) Der Fall des Landtagsabgeordneten Bendiner ist nach Schluß dieses Geschäftsjahres zu verzeichnen gewesen. Er hat uns sein Wort gegeben, sein Landtagsmandat niederzulegen. Er hat sein Wort nicht gehalten. Er ist alsdann aus der Partei ausgeschlossen worden. Wir wollen in Zukunft vorsichtiger sein. (Zustimmung.)

In der Stadtverordnetenversammlung macht sich der ganze Jammer der

Zerstückelung der Arbeiterbewegung

bemerkbar. 125 bürgerliche Abgeordnete stehen gegen 110 Abgeordnete der Linksparteien. Geschlossenes Abstimmen der drei Linksparteien kommt sehr selten zustande und so wird selten das erreicht, was uns im Interesse der Berliner Bevölkerung notwendig erscheint. Wir haben keinen Grund, mit der Arbeit der Stadtverordnetenversammlung zufrieden zu sein.

Die Jugendorganisation hat prozentual größere Fortschritte gemacht als die Gesamtbewegung. Die Mitgliederzahl ist von 2630 auf 3114 Mitglieder gestiegen. Wir werden der Jugend jede Förderung angedeihen lassen. Es ist unsere Hoffnung, daß die Jugend einmal alles das zum Abschluß bringen wird, was wir Alten heute vorbereiten. (Beifall.)

Genosse Alex Pagels ging alsdann näher auf den gedruckt vorliegenden Kassenbericht ein und begründete an der Hand von statistischem Material den Wert der Hauskassierung. Es ist merkwürdig, daß die einzelnen Werbeauschüsse so wenig Geld gebraucht haben. Als Kassierer weiß ich, daß zur Agitation Geld gehört, und man darf es nicht übernehmen, daß aus dieser Tatsache der Rückschluß auf eine sehr manchaftliche Arbeit dieser Ausschüsse gezogen wird. Wenn einzelne Abteilungen keine Eintrittsmarken verbucht haben, läßt das einen Schluß zu auf die agitatorische Tätigkeit in diesen Abteilungen. Es ist bedauerlich, daß 47 Abteilungen nicht eine einzige Extramarkte verkauft haben. Ich weiß nicht, ob das nur auf die schlechte wirtschaftliche Lage zurückzuführen ist. Trotz aller Mahnungen kommt es noch vor, daß bei Parteivergängen unvorsichtig kalkuliert wird, so daß dann von der Hauptkasse Zuschüsse

Räuber aber ist immer erst ein kleiner Teil wiedergesunden worden. Für die Herbeischaffung hat jetzt die Oberpostdirektion eine Belohnung von 21 400 M. oder 10 Proz. des Wertes des herbeigeschafften Gutes ausgesetzt. Die mitgeraubten Verkleidungsmarken tragen den Ausdruck „Provinz Brandenburg“. Mitteilungen, die vertraulich behandelt werden, nimmt das Raubdezernat der Kriminalpolizei im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 433 und 601, entgegen.

Ein schwerer Autounfall ereignete sich auf der Potsdamer Chaussee. Hier fuhr ein Kraftwagen zwischen der Lohengrin- und Hohenstraße gegen einen Baum. Dabei wurde der vordere Teil des Kraftwagens eingedrückt und die sämtlichen Glascheiben wurden zertrümmert. Eine Insassin, die 29 Jahre alte Frau Emilie Bohmhäuser aus der Passauer Str. 37a wurde auf der Stelle getötet, von den anderen drei Insassen erlitten eine Frau Dreke neben Hautabwühlungen eine Gehirnverletzung, der Chauffeur Albert Herten Schmitzwunden im Gesicht und der Kaufmann Walter Borte mehrere Hautabwühlungen. Die Leiche der Frau B. wurde beiseitegenommen und nach der Halle des Zehlendorfer Friedhofes geschafft. Die Verletzte brachte man nach dem Sanatorium Waldrieden in Zehlendorf. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

geleistet werden müssen. Die Bezirkskassen schließen mit einer U-nahme von 1 844 658,17 M. und einer Ausgabe von 1 720 611,56 M. ab. Es erübrigt sich, für die Arbeiterjugend in den Abteilungen Sammlungen zu veranstalten, da die Jugend von der Hauptkasse unterstützt wird. Redner begründete schließlich die Reguierung der Beiträge. Er erinnert daran, daß in der USP. von den männlichen Mitgliedern ein Mindestmonatsbeitrag von 15 M. bzw. 5 M. für Frauen erhoben wird. Diese Beiträge sind immerhin erheblich höher als unsere. Schließlich begründete der Redner einen Antrag, Kreisfiskalier in den einzelnen Abteilungen einzuführen, und ersucht die Abteilungen, alle Anregungen des Bezirksvorstandes bezüglich der Kassenführung zu beachten. (Beifall.)

Genossin Todenhagen geht in längeren Ausführungen auf den

Stand der Frauenbewegung

ein, der im allgemeinen wenig befriedigend ist. Die religiöse Einstellung der Frau muß viel mehr als bisher bei der Agitation berücksichtigt werden. (Zustimmung.) Wir müssen lernen, eine Kultur-idee auf wirtschaftlichen Interessen aufzubauen. So lange wir es nicht verstehen, dem Sozialismus zu leben, haben wir kein Recht, der alten Kultur den Wert völlig abzuspochen. Solidarität im Wirtschaftskampf ist das Einzige, was wir bisher erreichten. Darüber hinaus hört leider auf. (Zustimmung.) Die Männer müssen mehr als bisher Verständnis für die Arbeit der Frauen aufbringen und die Frauen in ihrer Parteiliebe unterstützen. Rednerin geht dann eingehend auf die Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt ein, die genau so als Parteieinrichtung zu betrachten sind, wie die Bildungsausschüsse. Alle in der Wohlfahrt tätigen Kräfte sollen zusammengefaßt werden. Auf dem Gebiete der Armen- und Waisen-pflege ist das leider noch nicht durchgeführt. Eine Anzahl von Kurien zur Ausbildung von Wohlfahrtsleiterinnen sind abgehalten worden. Die schlechte finanzielle Lage des Reiches und der Kommunen bringt manche Erschwerung der Arbeit auf diesem Gebiete mit sich. Trotzdem ist nicht zu billigen, daß wir uns so wenig um die von Reich bereitgestellten Mittel, zu deren Ausbringung wir alle beigetragen haben, bemühen. Bei der Bildung der neuen Wohlfahrts-kommissionen haben die Bürgerlichen versucht, uns zur Teilnahme an der Vereinigung für allgemeine Wohlfahrt zu bewegen. Dagegen muß man sehr skeptisch sein. Rednerin zeigt das an einzelnen Beispielen. Stadt- und Bezirksverordnete müssen der Wohlfahrtsarbeit mehr als bisher Beachtung schenken. Auch durch diese Arbeit muß mehr Geist in weiteste Kreise getragen werden.

In der Diskussion sprachen die Genossen Eshöfer, Nie-mann, Groger, Altmaner, Dieze und Schape. Es wurde die Beitragsfrage, die Frage der Einigung mit der USP., die Arbeit der Stadtverordneten, die Fälle Bendiner und Bendich behan-delt. Nach der Annahme eines Schlußantrages erhielt Genosse Franz Kräger, der 1. Vorsitzende des Bezirksverbandes, das Schluß-wort. Er ging dabei ausführlich auf die Diskussion ein. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurden

Die Wahlen zum Bezirksvorstand

vorgenommen. Sie hatten folgendes Ergebnis:

1. Vors.: Franz Kräger mit allen gegen 7 Stimmen,
2. Vors.: Friedrich Schlegel, 3. Vors.: Kurt Heinig. 1. Schriftf.: Heinrich Umlauf, 2. Schriftf.: Hedwig Wachenheim. Revisoren: August Sellin, August Kieemann, Hermann Kunze, Gustav Regel, Wilhelm Bed, Julius Jänike. Vertretung der Frauen: Martha Hoppe, Friede Ryned, Else Scheibenhuber. Prüfungskommission: 1. Kreis: Will Schwann, 2. Kreis: Dr. Walter Jeschke, 3. Kreis: Karl Jänike, 4. Kreis: Hans Weber, 5. Kreis: Ernst Waraun, 6. Kreis: Emil Dittmer, 7. Kreis: Tony Antikoffen, 8. Kreis: Clara Bohm-Schuch, 9. Kreis: Hans Wozwod, 10. Kreis: Richard Draemer, 11. Kreis: Prof. Dr. Chajes, 12. Kreis: Max Schudig, 14. Kreis: Fritz Binte, 14. Kreis: Bruno Fiedler, 15. Kreis: Will Birnbaum, 16. Kreis: Richard Ritzengwei, 17. Kreis: Alfred Günther, 18. Kreis: Otto Engel, 19. Kreis: Arnold Ziger, 20. Kreis: Hans Lorenzen.

Bezirksvorstand des Vereins Arbeiterjugend: Richard Timm, Erich Ollenhauer, Felix Meyer, Dora Richtenhausen, Felix Müller, Kurt Rea.

Bildungsausschüß: Richard Weimann, Hedwig Wachenheim, Fritz Schmalinski, Emmy Stock, Otto Jaksch, Felix Fromm, Hermann Leidner, Bruno Lache, Robert Knobloch.

Bezirksauschüß für Arbeiterwohlfahrt: Gertrud Koff, Gustav Wiesert, Helene Schmitz, Mathilde Spieß, Arthur Schmidt, Emmy Stock, Minna Todenhagen, Wilhelmine Weide, Gertrud Eisfelder.

Auf Antrag des Bezirksvorstandes wurde beschlossen, in den Kreisen besondere Kassierer zu wählen. Der Vorstand der Stadtverordnetenfraktion wurde beauftragt, mindestens viertel-jährlich den Kreisen Mitteilung zu machen, welche SPD.-Stadtver-ordneten ohne Grund in der Stadtverordnetenversammlung gefehlt hatten.

Folgende Entscheidung gelangte einstimmig zur Annahme:

„Der Bezirkstag begrüßt die Bildung der zwischen den Fraktionen der SPD. und USP. zustandekommenen Arbeitsgemeinschaft und spricht die Hoffnung aus, daß es bald gelingen möge, die einer organisatorischen Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien etwa noch im Wege stehenden Hindernisse hinwegzuräumen.“

Die von den Berliner Genossen der SPD. stets erstrebte sozialistische Einigung kann jedoch vorläufig nur durch die beiden sozialistischen Parteien hergesteilt werden.

Die SPD. hat durch ihr Verhalten auch in letzter Zeit, insbe-sondere gelegentlich der jüngsten Demonstrationen, gezeigt, daß ihr an einer wirklichen Einheitsfront des Proletariats nichts liegt, wenn damit nicht gleichzeitig die Wünsche der Moskauer Gewalthaber erfüllt werden. Kostet einigend, wirkt diese Partei überall durch ihre vorzogene Politik und ihre energielose Verleumdungspolitik gegenüber Andersdenkenden nur zerföhrend und treibt dadurch die Arbeiter ins Lager der indifferenten Masse und der bürgerlichen Parteien. Die Wirkfamkeit der Kommunisten kommt daher am Ende nur der Reaktion zugute.

Der Bezirkstag lehnt deshalb jede Gemeinschaft mit einer solchen Partei ab und verurteilt auf das Entschiedenste auch ein Zusammen-gehen in einzelnen kleinen Bezirken und Gruppen, sowie die Bildung sogenannter Kontrollausschüsse und ähnlicher Körperschaften.“

Sport.

Rennen zu Grunewald am Sonntag, den 30. Juli.

1. Rennen: 1. Gestüt Welle Taufensdorf (Rohler), 2. Delcove III, 3. Mrs. Burch, Tot.: 23, Pl.: 13, 17, 17. Ferner liefen: Inhabitant (4), Bahloho, Bad West, Thomsen, Alibi, Kämmerer, Wima.
2. Rennen: 1. Graf Seibitz-Sandbrunn (Dahls), 2. Bismarck, 3. Eilrich, Tot.: 63, Pl.: 23, 23, 23. Ferner liefen: Landflug (4), Beldin (gef.), Pauline, Arcyabombe, Altkerle, Kerliner, Tot. Di Quinto, Gledemal, Bartschka, Bül., — 4. Rennen: 1. A. und C. v. Weinberges Wentin (D. Schmidt), 2. Demerweg, 3. Lorenz, Tot.: 23, Pl.: 12, 16. Ferner liefen: Liebeskind (4), Celo Bianca, Freigeist, — 4. Rennen: 1. A. und C. von Weinberges Simon (D. Schmidt), 2. Königswald, 3. Gimel, Tot.: 31, Pl.: 14, 18, 15. Ferner liefen: Fuchs (4), Salanova, Velhuga, Lehnhoff, Gohner, Vindenhille, — 5. Rennen: 1. A. und C. v. Weinberges Wulfle (D. Schmidt), 2. Wainberg, 3. Worela, Tot.: 19, Pl.: 12, 23, 23. Ferner liefen: Gieseler (4), Judsmajer, Alilene, Kolchin, Eilbert, Wnanas, — 6. Rennen: 1. Hauptgestüt Goodrich (Jansel), 2. Wihene, 3. Centrifugal, Tot.: 23, Pl.: 16, 55, 34. Ferner liefen: Obulus, Favorita, Meerdaum, Purkus II, Ceres, Adenstedt, Wolan, Von Robert, Flora, — 7. Rennen: 1. R. Müllers Oners vitem (Görber), 2. Einbart, 3. Barfial, Tot.: 22, Pl.: 13, 14, 15. Ferner liefen: Rosal (4), Paulsenföhler, Fern, Sultan VII, Rinalda, Juchpart.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, gelinde heiter, jedoch über-legend bewölkt, mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen südwestlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Postbeamte und Beamtenbund. Zusammenschluß im ADB.

Dem am Sonnabend nachmittag zu Ende gegangenen Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten wurde von allen interessierten Kreisen die größte Beachtung geschenkt. Er war einberufen zu dem ausschließlichen Zweck, Stellung zur Organisationsfrage zu nehmen.

Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hatte den Deutschen Beamtenbund in seinen Grundfesten erschüttert, denn das Ausschließen der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten war das Signal für andere Beamtenverbände, insbesondere für den Reichsverband der Postbeamten, ihre Haltung zum Deutschen Beamtenbund eine Revision zu unterziehen. Im Reichsverband war sofort eine starke Strömung für den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund vorhanden, auf deren Drängen der Verbandstag einberufen wurde. Die Anhänger des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes waren allerdings insofern im Nachteil, als die Delegierten nach den Sitzungen schon zu Beginn des Jahres gewählt werden, und deshalb gab der außerordentliche Verbandstag auch kein Spiegelbild über die augenblickliche Stimmung in den Mitgliedertreuen. Aus diesem Grunde kam ein Beschluß zu Stande, der gewissermaßen als ein Kompromiß zwischen den Anhängern der beiden Richtungen angesehen werden muß. Das Entscheidende an dem Entschluß ist der Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund. Die Frage entsteht nun, was geschehen soll? Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund erfolgen muß. Wer aufmerksam die Tagung verfolgte, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß eine zielbewusste Anhängerschaft für den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund an der Arbeit war und den Verbandstag, der nach am ersten Verhandlungstage mit 82 gegen 78 Stimmen entschied, keinen Vertreter einer Spitzenorganisation zuzulassen, am zweiten Tag dazu brachte, einstimmig den Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund zu vollziehen.

Der dritte Verhandlungstag brachte einige Satzungsänderungen und die Neuwahl des Vorstandes. An Stelle des verstorbenen Vorsitzenden Baum wurde Kugler gewählt. Wesentliche Veränderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes traten nicht ein. Betont sei noch, daß nur durch den Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund die Spaltung des Verbandes, der rund 150 000 Mitglieder zählt, verhindert werden konnte.

Aus Münster (Westf.) wird uns berichtet: In einer Versammlung der auf dem Boden der aktiven Gewerkschaftspolitik stehenden Beamten wurde heute die Gründung einer Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes beschlossen und ein vorläufiger Ortsauschuß gewählt. Vorsitzender des Ortsauschusses ist der Justizinspektor Hoberg, weitere Mitglieder der Eisenbahnschreiber Groß und der Strafanstaltsbeamte Schenk.

Ein Fall von vielen.

Der Bäckermeister Oskar Braun, Wehlauer Str. 3, beschuldigte seit Oktober einen jungen Gesellen, den er nach Reich und Baden ausbreute. Er beschuldigte den jungen Mann täglich 15 Stunden und zahlte ihm zuletzt 80 Mark Wochenlohn. Als der Bruder des Betrogenen sich an die zuständige Behörde wandte, um dem Zeitstundentag Geltung zu verschaffen, fühlte sich der biedere Meister beleidigt und griff den Beschwerdeführer auf der Straße tätlich an. In ähnlich rabiaten Weise sucht der Herr Braun sich dem Eingreifen der Berufsämter und der amtlichen Organe zu widersetzen.

Es ist die alte Geschichte. So mancher biedere Handwerksmeister sucht junge Gesellen aus der Provinz oder vom Lande, die von der Existenz ihrer Berufsorganisation keine Ahnung haben und von ihrem ehrsamem Meister gehörig bearbeitet und nach Gutdünken behandelt werden. Die sogenannte Ausbildung während der

Lehrzeit läßt vielfach zu wünschen übrig, und daraufhin wird der junge Geselle unablässig eingeschüchert und beschimpft, so daß ihn „Herr“ vollständig in der Hand hat und ihn weiter ausbildet. Bis dann endlich die Mißstände aus Tageslicht kommen und die Organisation eingreift.

Derartige Vorkommnisse könnten in Berlin wenigstens zum größten Teil vermieden werden, wenn die lieben Verwandten dafür sorgen wollten, daß die jungen Leute, die hierher in Arbeit kommen, sich sofort ihrer Organisation anschließen, und wenn man sich zuvor über die Stellen in Berlin, die außerhalb wie fester Bier angeboten werden, bei der Organisation näher erkundigte.

„Das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland.“

Dem Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses folgend, hat der Vorstand des ADB, den Vortrag von Prof. Dr. Hugo Sinzheimer über dieses für die Gewerkschaften insbesondere aktuelle und wichtige Thema in einem Sonderdruck erscheinen lassen. Die gute Aufnahme, die dieser Vortrag auf dem Gewerkschaftskongress allgemein gefunden hat, läßt es überflüssig erscheinen, ihm hier noch Worte des Lobes zu spenden. Um so eindringlicher aber müssen wir allen Gewerkschaftsmitgliedern empfehlen, sich das kleine Heftchen zu beschaffen und den Vortrag aufmerksam zu lesen, der durch die Drucklegung an Leberdigkeit kaum etwas eingebüßt hat.

Unter Hinweis auf die Zusammengehörigkeit aller Arbeiter durch das gleiche Berufsrisiko fordert Sinzheimer einheitliches Arbeitsrecht und einheitliche Arbeitsbehörden. Er behandelt die Streitfrage über die Stellung der Arbeitsgerichte und der Juristen in der sozialen Rechtsprechung. Den Kern des Vortrages bildet die Koalition als Organ der gesellschaftlichen Verfassung, die Freiheit und Verantwortlichkeit der Koalition, er schließt mit Untersuchungen über die Arbeitsmotive, indem er die neue Epoche des Arbeitsrechts aufzeigt.

Die Gewerkschaftsmitglieder erhalten die im Buchhandel 5 M. kostende Broschüre zu einem geringeren Vorzugspreis durch ihre Verbände.

Ende des Streiks der Schiffingenieure in Hamburg.

Die Hamburger Schiffingenieure und Seemaschinenisten haben den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums, wie sie ausdrücklich erklären, im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und Volkswohlfahrt mit 450 gegen 131 Stimmen angenommen. Falls in den übrigen Hafenstädten eine Entscheidung im gleichen Sinne fällt, dürfte der Streik morgen beendet sein.

Die amerikanische Streikbewegung geht nach einer Meldung der „Times“ aus Washington ihrem Ende entgegen. Es besteht begründete Aussicht, sowohl den Eisenbahnstreik wie den Bergarbeiterstreik in dieser Woche zu beenden.

Am Dienstag soll zwischen den Vertretern der Eisenbahngesellschaften und denen der Streikenden verhandelt werden.

Neuerdings wird gemeldet: Die Lage in Eisenbahnstreik hat heute eine sensationelle und unerwartete Wendung genommen. Die Gewerkschaftsführer haben die Vermittlungsvorschläge Hardings abgelehnt. Man erwartet nun, daß die Regierung die Eisenbahnen selbst in die Hand zu nehmen versuche. Auch im Kohlenstreik macht sich eine Verschärfung bemerkbar. Der Staatssekretär des Handelsamts, Hoover, hat heute jede Kohlenausfuhr verboten und alle Staatenregierungen angewiesen, die Kohlenlieferungen zu rationieren. Trotzdem erwartet man in vielen Industriekreisen Schwierigkeiten infolge des Kohlenmangels.

Aus London wird berichtet: Der Beschluß einer amerikanischen Hafenarbeitergesellschaft, sich dem Ausfuhr englischer Kohlen zu widersetzen, erregt in industriellen Kreisen große Bestürzung, da man sich dort auf eine Flut von amerikanischen Kohlenbestellungen gefaßt machte. Die Befürchtung ist um so größer, als in Northumberland bis jetzt 700 000 Tonnen Kohlen bestellt worden waren. Viele Grubenbesitzer waren gezwungen, Bestellungen abzulehnen. Die Preise sind in kurzer Zeit von 10 Schilling

auf 2 Pfund Sterling gestiegen. Zu dieser Steigerung trug allerdings zum Teil auch die Bestellung der deutschen Eisenbahnverwaltung von 400 000 Tonnen Kohlen bei.

Die Vorschläge Hardings für die morgige Konferenz sind folgende: 1. Die Streikenden nehmen die Arbeit sofort wieder auf, 2. die Gesellschaften verpflichten sich, die Streikenden wieder einzustellen, 3. eine zweite Konferenz wird abschließend einberufen. Die Führer der Eisenbahngewerkschaften erklärten diese Vorschläge angeblick als geeignete Grundlage für Verhandlungen.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Heute 7 1/2 Uhr Funktionärsversammlung in den Kaiser-Festhallen, Kaiser-Festhallen-Str. — Mitglieder- und Vorstandssitzungen: Dienstag, 7 1/2 Uhr, Gefühlsindustrie in den Sophien-Gärten (wester Saal), Sophien-Str. 11-13; Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Sonntag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Montag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Dienstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Freitag, 7 1/2 Uhr, Arbeit in den Kaiser-Festhallen (Kaiser-Festhallen-Str. 11-13); Samstag, 7 1/2 Uhr, Arbeit